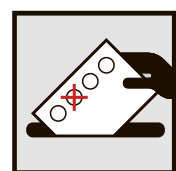


HOCHTAUNUS · WETTERAU

Vor der Wahl in Oberursel: Hans-Georg Brum (SPD) und Thorsten Schorr über Stimmungen und Stadtentwicklung**„Damit geht der Charme der Stadt verloren“**

Am Sonntag fordert Stadtkämmerer Thorsten Schorr (CDU) Amtsinhaber Hans-Georg Brum (SPD) bei der Bürgermeisterwahl heraus. Schon im Jahr 2003 hatte es dieses Duell gegeben.

**DIREKT WAHL**

Herr Schorr, beim Tag der Architektur präsentiert die Hessische Architektenkammer demnächst das „Wohnen am Urselbach“ an der Hohemarkstraße als eines von sechs vorbildlichen Projekten im Hochtaunuskreis. Sie haben die Neubauten an der Hohemarkstraße als zu dicht und zu groß kritisiert.

SCHORR: Ich finde, dass mit dieser Architektur der Charme und das Flair von Oberursel verlorengehen. Diese massive Bebauung bringt uns zudem Probleme bei der sozialen Infrastruktur wie der Kinderbetreuung. Ob man es schön findet, darüber kann man sicher streiten. Mir persönlich gefällt die quadratisch-praktische Architektur nicht so. Die dort eingezogenen Menschen fühlen sich sicher wohl. Aber wir müssen aufpassen, dass wir Oberursel nicht weiter durch solche Baugebiete versandeln.

Herr Brum, in Ihrem Wahlprogramm fordern auch Sie eine „reduzierte Bauentwicklung“. Haben Sie von Ihrem Konkurrenten gelernt?

BRUM: Es gibt unterschiedliche Phasen, und die jüngste war sehr dynamisch. Jetzt geht es mit behutsamem Wachstum weiter. Für eine verdichtete Bebauung bot die Hohemarkstraße die beste Möglichkeit – teilweise mit Bebauungsplänen aus CDU-Zeiten. Der Grundgedanke, vorne einen Riegel zu bauen und kleinere Wohneinheiten dahinter, stammt aus den neunziger Jahren. Er hat ja auch Sinn. Beim „Wohnen am Urselbach“ wäre etwas weniger tatsächlich mehr gewesen.

In kurzer Zeit sind in Oberursel mehr als 300 Wohnungen entstanden, meist als Geschosswohnungsbau. Aber sie sind alles andere als günstig. Herr Brum, ist aus Ihrer Sicht als Sozialdemokrat etwas schiefgelaufen?

BRUM: Nein. Das gibt das Baurecht allein nicht her. Sie können sozialen Wohnungsbau beim Verkauf eines städtischen Grundstückes durchsetzen und über einen städtebaulichen Vertrag festschreiben. Aber hier handelte es sich um private Grundstücke.

SCHORR: Die letzten Projekte des sozialen Wohnungsbaus in Oberursel entstanden unter schwarz-gelber Koalition, das Haus Ober den Birken. Dort hatten wir Mittel der Fehlbelegungsabgabe eingesetzt. Seit der Kommunalwahl 2011 ist kein einziges Projekt vorgelegt worden.

BRUM: In den letzten zwölf Jahren hatte ich nur ein Jahr lang eine Mehrheit aus SPD, Grünen und ÖBG. Aber davon abgesehen: Wo soll das Geld herkommen, wenn es keine öffentlichen Programme gibt?

Im Wahlkampf ist „Bommersheim-Süd“ zum großen Streitthema geworden. Sie, Herr Schorr, werfen Herrn Brum vor, dort in großem Stil bauen zu wollen. Zunächst: Über welche Größenordnung reden wir?

BRUM: Bommersheim-Süd ist eine etwa 17 Hektar große Potentialfläche zwischen Wallstraße und U-Bahn, die im regionalen Flächennutzungsplan für Wohnen und zum Teil für Gewerbe ausgewiesen ist.

SCHORR: Ich habe hier ein Blatt des Stadtentwicklungsplans aus dem Dezer-



Kollegen und Konkurrenten: Zurzeit arbeiten Bürgermeister Hans-Georg Brum (SPD) (rechts) und Stadtkämmerer Thorsten Schorr (CDU) im Oberurseler Magistrat zusammen. Doch jetzt macht Schorr dem Sozialdemokraten den Chefessell streitig.

Foto Wolfgang Eilmes

nat meines Mitbewerbers. Unter den Entwicklungsflächen ist auch Bommersheim-Süd farblich eingekreist. Insofern besteht für mich überhaupt kein Zweifel, dass es dort konkrete Planungen in der Stadtentwicklung gibt. Die Mischfläche mit Gewerke reicht fast bis nach Weißkirchen. Diese Massivität tut Oberursel nicht gut, zudem wachsen wir immer näher an Frankfurt heran.

Wollen Sie als Bürgermeister den Flächennutzungsplan ändern?

SCHORR: Ganz klar: ja. Die Infrastruktur von Bommersheim ist schon jetzt überlastet, und eine Verkehrsbindung fehlt auch. Wenn das Wohngebiet nur eine Perspektivplanung ist, dürfte es im Stadtentwicklungsplan nicht zwischen Projekten wie den Entwicklungsflächen am Bahnhof oder der Neuordnung des Rathausgeländes stehen.

BRUM: Hier geht es um den Stadtentwicklungsplan mit einem Zeithorizont bis 2030. Bei seiner Entstehung wurde über diese ganzen Flächen gesprochen. Auch im Ortsrat und genau über die von Herrn Schorr vorgetragene Punkte. Bommersheim-Süd kann überhaupt erst bebaut werden, wenn eine vernünftige Erschließung da ist. Diese ist noch nicht geklärt. Zweitens soll die Bebauung nach einem Gesamtkonzept geschehen. Drittens wollen wir für die soziale Infrastruktur wie die Kinderbetreuung sorgen. Diese ist ausgelastet, weshalb es keinen Zweck hat, jetzt zu beginnen. Übrigens: Die CDU hat bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans noch 2009/10 ein zweites großes Gebiet entlang der Frankfurter Landstraße zusätzlich zu Bommersheim-Süd als Baufläche gefordert. So schnell ändern sich die Zeiten.

Sie möchten den Flächennutzungsplan also nicht ändern, Herr Brum?

BRUM: Es gibt Städte, die Flächen zurückgegeben haben. Nun versuchen sie unter größten Schwierigkeiten, diese zurückzubekommen. Dem Stress sollten wir uns nicht aussetzen. Aber anders als in einem Flugblatt der Jungen Union behauptet, werde ich Bommersheim-Süd in den nächsten Jahren nicht angehen.

Lackaff und Zorngickel

Ewalda Klein gewinnt Wetterauer Mundartwettbewerb

jjo. BUTZBACH. Mit ihrem Gebabbel über Lackaffen, Miesepeter und Zorngickel hat Ewalda Klein aus Friedberg-Ockstadt zum zweiten Mal nach 2013 die fünfte Auflage des Wetterauer Mundartwettbewerbs gewonnen. Kleins Beitrag beschäftigte sich mit derben und liebevollen Schimpfnamen. Eine Jury hatte für den Wettstreit, der vor mehr als 300 Gästen in einer Kelterhalle im Butzbacher Stadtteil Ostheim ausgetragen wurde, zehn Beiträge ausgewählt. Die vom Publikum gekürte Siegerin wurde wie auch die Zweit- und Drittplazierte mit dem „Wetterauer Plattschwätzer“ ausgezeichnet.

Platz zwei ging an Petra Graf, die wie die Drittplazierte Karin Bach aus der Nidda-Ulfa stammt. Graf konnte mit ihrer Geschichte über „ean aale Kechedesch“, einen alten Küchentisch, punkten, während Bach, die Gewinnerin des Wettbewerbs von 2012 und 2014, über Omias Probleme mit der modernen Computersprache berichtete. Veranstaltet wurde der Mundartwettbewerb vom Wetteraukreis, der Stadt Butzbach, dem Ortsbeirat Ostheim und dem Verein zur Erhaltung der mittelhessischen Mundart und Kultur.

Mundart, sagte Landrat Joachim Arnold (SPD), der zu Hause selbst Dialekt

spricht, sei „die Sprache des Herzens“. Mit zwei „Ehrenplattschwätzer“-Skulpturen würdigte Arnold zudem das Engagement von Vera Rupp, der Leiterin der Keltenwelt am Glauberg, und Marlit Hoffmann, die Vorsitzende des Vereins zum Erhalt der mittelhessischen Mundart und Kultur, die vor mehr als vier Jahren die Idee für den jährlich stattfindenden Wettbewerb hatten.

Alle Beiträge der Mundartwettbewerbe seit 2011 sind auch in dem am vergangenen Wochenende erschienenen Buch „Wetterauer Plattschwätzer: Die Wearra soll leave!“ enthalten. Die Geschichten erzählen von früher, vom dörflichen Leben, von Taugenichtsen und Tagträumern, von der Schönheit der Heimat, aber auch von alltäglichen Dingen, wie dem Besuch eines Möbelhauses oder einer Autowäsche. Den Mundarttexten steht die hochdeutsche Version gegenüber, so dass beim Verständnis des Werkes keine Schwierigkeiten entstehen. Die Beiträge wurden zudem von Constanze Engel illustriert. Das im Hanauer Cocon-Verlag erschienene Buch, das mehr als 220 Seiten umfasst, ist zum Preis von 14,80 Euro im Buchhandel sowie im Dienstleistungszentrum des Kreishauses am Friedberger Europaplatz erhältlich.

Herr Schorr, was ist eigentlich schlimm daran, wenn Oberursel an Frankfurt heranwächst?

SCHORR: Dass wir auf Dauer unsere Eigenständigkeit verlieren würden. Der Frankfurter Oberbürgermeister Feldmann hat massive Bestrebungen, in Frankfurt fehlende Wohnflächen im Umland zu finden. Insofern habe ich schon Ängste um unsere schöne Stadt. Die Frankfurter Wohnungsbaugesellschaft könnte sich auf Potentialflächen einkaufen.

Derzeit werden die Pläne für die Anbindung der Nassauer Straße an die Weingärtenumgehung konkret. Zwischen den verschiedenen Straßenvarianten ist Platz für Gewerbebauten.

BRUM: Zuerst muss die Verkehrslösung her. Daneben entstehen etwa drei Hektar nutzbare Fläche. Wir wollen dort vorwiegend Büroarbeitsplätze von Dienstleistern ansiedeln, auch als Lärmschutz für die Wohngebiete.

Wie hoch soll es werden?

BRUM: Ich gehe von zweieinhalb Geschossen aus. Die Bebauung liegt in Richtung des Gewerbegebiets An den drei Hasen. Außerdem werden große Flächen grün bleiben, etwa der Platz des 17. Juni.

Wird das der nächste Punkt, bei dem die CDU hinterher sagt: Das ist zu massiv, das haben wir so nicht gewollt?

SCHORR: Die Anbindung an die Weingärtenumgehung ist wichtig, da gibt es keinen Dissens. Aber ich befürchte am Bahnhof eine ähnlich planlose Entwicklung wie beim Gewerbegebiet An den drei Hasen.

BRUM: Planlos ist ja wohl ein Scherz!

SCHORR: Wir sollten uns überlegen, welches Gewerbe wir dort ansiedeln wollen. Finanzdienstleister mit vielen Arbeitsplätzen wären wegen der Nahverkehrsanbindung ideal. Die Bebauung muss zudem zu den Wohnhäusern der Umgebung passen.

Ein ganz anderes Thema: Hat der Umstand, dass vor dem Radrennen am 1. Mai Bombenbastler in Oberursel festgenommen wurden, das Lebensgefühl verändert?

Fragen zur Bauunterhaltung

Magistrat soll Unterlagen zu Kammermusiksaal prüfen

Die Frage, ob der von der Kronberg Academy am Bahnhof geplante Kammermusiksaal und das zugehörige Studien- und Verwaltungszentrum auf gesunden wirtschaftlichen Füßen steht, treibt die Kronberger Stadtverordneten um. Mit den Stimmen von CDU und SPD beauftragten sie den Magistrat, zu prüfen, ob die Ansätze für Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten angesichts der Nutzflächen nachvollziehbar sind.

Auch die Frage, ob die Vermietbarkeit des Saals realistisch ist, soll der Magistrat untersuchen. Vertreter der Academy hatten im Haupt- und Finanzausschuss das Finanzierungs- und Betreiberkonzept vorgestellt und angeboten, in der Academy weiteren Einblick in die Akten zu gewähren. Weil das mit 33 Stadtverordneten nicht gehe, wolle man den Magistrat beauftragen, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Christoph König in der jüngsten Stadtverordnetensitzung.

Die Fraktion Kronberg für die Bürger wollte dafür den Landesrechnungshof nutzen, der das unentgeltlich übernehme, so Heide-Margaret Esen-Baur. Eine Auskunft, die Bürgermeister Klaus Temmen (parteilos) bezweifelte. Dem Änderungsantrag schlossen sich nur die Grünen an.

Deren Fraktionsmitglied Thorsten Keller hob zwar hervor, wie wichtig eine Überprüfung sei. Doch speziell für die Vermietung werde es bei der Stadt kaum Experten geben.

Der Fraktionsvorsitzende der Unabhängigen Bürgergemeinschaft, Oliver Schneider, sah hingegen überhaupt keinen Anlass für eine kritische Bewertung der Zahlen. „Das verlangen wir von keiner Firma.“ Die Stadt verkaufe ein Grundstück und habe dann keine finanziellen Risiken mehr. Auch Dietrich Kube (FDP) sah das Hauptrisiko in der millionenschweren Investition, die seriös berechnet scheine. Über den Rest solle sich die Stadt kein Urteil anmaßen.

Aus Sicht von Karlheinz Graeber (CDU) hat Kronberg ein Interesse daran, dass Saal und Studienzentrum nachhaltig funktionieren. „Es handelt sich um ein Filetstück an exponierter Stelle“, sagte Graeber. Bei den Bauunterhaltungskosten habe es Abweichungen gegeben. Man wolle das Risiko gering halten, ergänzte SPD-Fraktionschef König, suche aber nicht nach Gründen für eine Ablehnung. Ohnehin sei klar: „Die Stadt will, wird und kann das Projekt bei Schwierigkeiten nicht weiterführen.“ Ihr gehöre die Liegenschaft dann gar nicht mehr.

Eigenkapital wird erhöht

Schnelle Datenleitungen für Oberhessen

jjo. WETTERAU-KREIS. Nach dem Wetterauer Kreistag hat auch der Zweckverband der Oberhessischen Versorgungsbetriebe (ZOV) Geld für den Ausbau schneller Datenleitungen bereitgestellt. Das Stammkapital der Breitband-Infrastrukturgesellschaft Oberhessen (Bigo) soll um drei Millionen Euro erhöht werden. Das beschloss die ZOV-Verbandsversammlung mit großer Mehrheit. Der ZOV ist mit 51 Prozent Mehrheitseigner der Bigo, die den Ausbau der Breitbandverbindungen in den Kommunen vorantreiben soll, in denen private Anbieter wie die Deutsche Telekom oder Unitymedia aus wirtschaftlichen Gründen in den Netzausbau nicht oder nur mit entsprechend hohen Zuschüssen der Gemeinden investieren wollen. Neben dem ZOV gibt es im Vogelsberg und in der Wetterau weitere kommunale Beteiligungsgesellschaften, die mit unterschiedlich hohen Anteilen ebenfalls an der Bigo beteiligt sind.

Vom nächsten Jahr an will die Bigo fast 1000 Kilometer Glasfaserkabel in der Wetterau und im Vogelsbergkreis verlegen, um rund 90 000 Kunden in 34 Kommunen und 240 Ortsteilen mit schnellen Internetverbindungen zu versorgen. 56,5 Millionen Euro soll die Verlegung der Glasfaserleitungen kosten. Der Vogelsberger Landrat Manfred Görig (SPD), der Geschäftsführer der in Friedberg ansässigen Bigo ist, spricht vom „größten interkommunalen Projekt aller Zeiten in Mittelhessen“.

Die Bigo will Eigenkapital in Höhe von 10,6 Millionen Euro aufbringen. Bislang betrug das Eigenkapital der Gesellschaft nur 600 000 Euro. Der Wetterauer Kreistag hatte schon eine Kapitalaufstockung von knapp 66 000 Euro auf rund 2,6 Millionen Euro einstimmig beschlossen. Der Vogelsberger Kreistag wird am nächsten Mittwoch über die Erhöhung seiner Kapitaleinlage entscheiden. Auch in den 34 Wetterau- und Vogelsberg-Kommunen, die über die kommunalen Beteiligungsgesellschaften an der Bigo beteiligt sind, werden sich die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen bis Ende Juni mit der Erhöhung ihrer Kapitaleinlagen beschäftigen.

Bigo-Geschäftsführer Görig spricht von einem „Mammutprojekt“ und ist stolz über den „breiten Schulterschluss“ der 34 Kommunen, der beiden benachbarten Landkreise und dem ZOV, der Dachgesellschaft des kommunalen Versorgungsunternehmens Ovag. Nach einem inzwischen abgeschlossenen Markterkundungsverfahren werden nach den Worten Görigs derzeit die Finanzierung, die Netzanbieterauswahl und die mögliche Förderung durch das Land, den Bund und die EU vorbereitet.

In der Wetterau wollen allerdings nur 15 der 25 Kommunen den Ausbau über die Bigo realisieren lassen. Bad Nauheim, Bad Vilbel, Karben, Rosbach und Altenstadt verfolgten von Beginn an eigene Lösungen und waren der Bigo erst gar nicht beigetreten.

Die Stadtverordnetenversammlung von Niddatal hat sich kürzlich einstimmig für eine Kooperation mit der Breitbandgesellschaft des Main-Kinzig-Kreises ausgesprochen. Auch die frühere Kreisstadt Büdingen und die Gemeinde Kefenrod wollen ohne die Bigo den Breitbandausbau vorantreiben. Derzeit läuft ein gemeinsames Ausschreibungsverfahren. Welcher Anbieter den Zuschlag erhält, soll Mitte August feststehen.

Teppichwäscherei Niddatal

Restauration, Reparatur und Wäscherei nach altpersischer Tradition

Kostenloser Hol- und Bringservice (Umkreis 100 km)
(Kostenlose Beratung auch gerne bei Ihnen zu Hause)

- Chlorfreie Bio-Reinigung ohne Farbverlust
- Fleckentfernung auf rein pflanzlicher Basis
- Beseitigung von Feuer- und Wasserschäden
- Entfärbung • Färbung • Spannen
- Edeltwäsche • Glanzwäsche
- Mottenentfernung
- Milben- und Larvenentfernung

Unsere spezielle Rückfaltung macht Ihren Teppich wie NEU!

Restauration und Reparatur

1. Fransen, Knoten, Schussketten werden erneuert.
2. Löcher werden neu geknüpft
3. Abgetretene Stellen werden neu geknüpft.

vorher

nachher

Sommeraktion vom 17.06. - 22.06.2015 **38% Rabatt** auf alle unsere Dienstleistungen

Teppichwäsche ab 8,90 € pro m²

Hauptstr. 23 • 61194 Niddatal-Assenheim • ☎ 06034-6790303
Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 10-18 Uhr • Sa. 10-14 Uhr • nach Vereinbarung

Reparatur-Gutschein über **150,- €**